

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 7

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

WAS WILL BRESCHNEW?

Rätselraten in Osteuropa um die Pläne des Kreml-Herrschers

Die zweite Hälfte des Jahres 1969 steht eindeutig im Zeichen der Steigerung des sowjetisch-chinesischen Konfliktes. Der gegenseitige Nervenkrieg hat bereits ein Stadium erreicht, in dem der Übergang zu einem heissen Krieg eine folgerichtige Erscheinung sein würde. Deshalb fragen sich die kommunistischen Funktionäre in Osteuropa mit wachsender Besorgnis, was eigentlich Breschnew im Schilde führt und wie weit er im Konflikt mit Mao Tse-tung gehen will. Die Meinungen darüber gehen auseinander, aber es scheint, dass die Mehrheit der Experten für Fragen der Sowjetpolitik in den kommunistischen Zentralen des Ostblocks einen militärischen Zusammenprall nicht mehr ausschliesst. Vermutlich steuert Breschnew auf eine Kollision hin, weil sein Regime dringend überzeugende Beweise braucht, dass sich die sowjetische Führung das Tempo und die Art der Auseinandersetzung nicht mehr von China diktieren lassen wolle. Das hängt mit verschiedenen äusseren und inneren Vorgängen in der sowjetischen Politik zusammen.

Der amerikanische Monderfolg und die Schlappe mit dem sowjetischen Mondschiff «Luna» haben der Autorität Breschnews einen schweren Schlag versetzt. Wer ihn am Bildschirm der östlichen «Intervision» beim Auftritt im polnischen Parlament am 22. Juli aufmerksam beobachtet hat, konnte feststellen, dass der einst schöne Leonid in den letzten Monaten ein alter Mann geworden ist. Seine frühere Spannkraft ist verschwunden, seine Wan-

gen hängen wie bei einer alten Bulldogge tief herab. Seine Arroganz ist zwar noch geblieben, aber in der Bewegung seiner Hände und in seiner Stimme sind Zeichen der Nervosität und der Unsicherheit unverkennbar.

Sowjetbürger, die sich ein wenig in der politischen Geographie des Kremls auskennen, sehen die Entwicklung mit grossem Unbehagen. Sie vermissen einen klaren Kurs, eine im allgemeinen sichere Analyse und eine zuversichtliche Prognose. Und gleichzeitig beobachten sie, wie die Politik Breschnews *ad hoc* gemacht wird, ohne inneren Zusammenhang und ohne Logik, mit Zuckungen und plötzlichen Demonstrationen, denen dann keine langfristigen Entwicklungen folgen. Die daraus entstehende Unsicherheit äussert sich auch in der Kommentierung der sowjetischen Aussen- und Innenpolitik, die immer mehr in allgemeinen Phrasen schwimmt und keine konkreten Aussagen liefert.

Zweifel über den China-Konflikt

Bei der jüngeren Generation scheint sich neuerdings eine Bewegung bemerkbar zu machen, die die Chinapolitik Breschnews betrifft: Die sowjetischen Intellektuellen sehen in der Taktik des Parteichefs, mit der er die Beziehungen mit China hochspielt, in erster Linie innenpolitische Überlegungen. Die These von der nationalen Bedrohung der Sowjetunion, die in mehreren Reden Breschnews zum Ausdruck kam

und sich in einer Flut anti-chinesischer Broschüren und Artikel äussert, soll dazu bestimmt sein, der Macht der Breschnew-Gruppe Kontinuität zu sichern und den reaktionären innenpolitischen Kurs in allen zentralen Fragen abzuschirmen. Damit sollen die notwendigen Reformen in Partei, Staat, Wirtschaft, Nationalitäten- und Kulturpolitik aufgeschoben werden. Aber Leonid Breschnew scheint den Bogen der Chinagefahr überspannt zu haben. Man hört aus verschiedenen Quellen sowjetischer Herkunft, dass es in letzter Zeit zu einer massenhaften Fluchtbewegung der Sowjetbürger aus dem Fernen Osten in den europäischen Teil der Sowjetunion gekommen ist. Diesen Informationen zufolge war die lange andauernde Sperre der transsibirischen Eisenbahn nicht, wie man im Westen vermutete, durch Militärtransporte bedingt, sondern durch die verzweifelten Versuche der Sowjetbehörden, die panikartige Flucht der Menschen zu verhindern. Um die abnehmende Bevölkerungsbilanz im Fernen Osten wieder etwas aufzubessern, ist Breschnew jetzt auf eine neue Idee gekommen, die er zusammen mit der Geheimpolizei und den Justizbehörden zu verwirklichen versucht: eine bisher einzigartige Werbeaktion um neue Siedler für den Fernen Osten. Diese Aktion wird hauptsächlich in der Ukraine und zum Teil in den baltischen Ländern, in Bjelorusland und im Kaukasus entfaltet. Die Behörden wenden sich an Familien, deren Angehörige in Konzentrationslagern, in Arbeitslagern oder in Gefängnissen sitzen; dabei ist es den Werbern gleichgültig, ob es sich um politische oder kriminelle Delinquenten handelt. Man macht den Familien das Angebot, dass die jeweiligen Angehörigen sofort entlassen werden und zu ihren Familien zurückkehren – vorausgesetzt, dass alle Familienangehörigen die Existenz im europäischen Teil der Sowjetunion aufgeben und nach dem Fernen Osten gehen. Diese Aktion scheint nicht ganz erfolglos zu sein. Vor allem für die Kolchosbauern ist sie verlockend, denn sie gelangen auf diese Weise zu jenen Pässen, die sie zu einer freien Zirkulation innerhalb des

Imperiums berechtigen. Sie sagen sich: Wir nehmen das Angebot an, bleiben dann ein Jahr oder höchstens zwei Jahre im Fernen Osten, und wenn sich die Situation mit den Chinesen zuspitzt, kehren wir legal oder illegal nach Europa zurück.

Zerbröckeln der Allianz

Einen anderen Grund für das Unbehagen bieten die Vorgänge in Osteuropa im allgemeinen. In den inneren Kreisen der Führung wächst die kritische Frage, ob sich die Intervention in der CSSR gelohnt hat. Man erkennt, dass die tschechoslowakische Krise immer schlimmer wird. Es gibt in der Sowjetunion, aber auch im übrigen Osteuropa Stimmen, die Breschnew vorwerfen, er habe die Tschechoslowakei in ein Chaos gestürzt, aus dem es keinen Ausweg mehr gebe, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht nicht. Er habe ferner Husak binnen kurzer Zeit jeglicher moralischen und politischen Autorität beraubt und dadurch jeden Weg zu einer Alternativlösung verbaut. Die Schwierigkeiten mit Warschau, Ostberlin und Bukarest gehören in den selben Zusammenhang.

Grosses Rätselraten herrscht darüber, warum profilierte Männer der ersten Garnitur wie Suslow, Schelepin oder Poljanski seit Monaten beharrlich schweigen und sich für Breschnew nicht engagieren wollen. Gewissen Informationen zufolge bestehen auch Spannungen zwischen der Breschnew-Gruppe, dem Ministerpräsidenten Kossygin und dem Verteidigungsminister Marschall Gretscho. Bei Kossygin geht es angeblich um das Problem der stagnierenden Wirtschaftsreform, bei Gretscho um das abenteuerliche Engagement Breschnews in der Chinafrage und im Nahen Osten und um die Gegensätze mit den Bundesgenossen im Warschauerpakt.

Rache an Prag

Trotz des Engagements im Fernen Osten ist die Sowjetunion nach dem ersten Jahres-

tag der Invasion der Tschechoslowakei dazu übergegangen, die letzten Überreste des Reformkurses total zu liquidieren. Der Kreml will gerade jetzt, in der gesteigerten Phase des Konfliktes mit Peking, alle osteuropäischen Staaten abschrecken und greift mit eiserner Hand in der besetzten Tschechoslowakei durch. Breschnew hat jetzt Männer wie Indra, Bilak, Kolder, Jakes und andere, die nach dem 21. August 1968 in den Augen des Volkes als verhinderte Verräter galten, wieder eingesetzt. Sie sind durch die Okkupanten mit einer Macht ausgestattet worden, die mitunter stärker als diejenige eines Husak zu sein scheint. Diese Männer kennen weder Skrupel noch Fairness gegenüber Dubcek, Smrkovsky und anderen Reformern, und sie sollen im Auftrag Moskaus die Reformpolitiker auf die Anklagebank setzen.

Das Agieren dieser Clique ist das neue Element, denn in den vergangenen Monaten seit dem Machtwechsel im April blieb sie zunächst im Schatten Husaks und Strougals. Sie stützt sich einerseits auf die Sowjets und andererseits auf die Schicht der mittleren und ganz kleinen Bürokraten, Spitzel und Polizisten. Die ganze politische Landschaft der CSSR ist verfinstert, und in dieser trüben Atmosphäre kehren die alten Stalinisten und die jüngeren Opportunisten, die in der Gottwald- und dann in der Novotny-Ära Karriere machten, zurück. Es handelt sich dabei vor allem um jene Kader, die aufgrund früher begangener Brutalitäten oder einfach aufgrund ihrer Unfähigkeit im vergangenen Jahr Amt und Einfluss verloren und jetzt, nach der Niederlage des Reformkurses, die alte Praxis wieder herstellen wollen. Sie schanzten sich gegenseitig Posten und Macht zu und sind offenbar fest entschlossen, mit den Reformpolitikern hart abzurechnen.

Charakteristisch für diese neue Phase ist auch der Umstand, dass im Zuge der Revanche auch Gestalten auftauchen, die, wie *Vilem Novy*, zu den unverbesserlichen Doktrinären von vorgestern gehören und sogar einem Novotny politisch und ideologisch ungeeignet erschienen. Sollten sie sich mit ihren altbolschewistischen Ideen

durchsetzen, so würde das für die Tschechoslowakei eine in jeder Hinsicht zusätzliche Katastrophe bedeuten. Um einen Vergleich zu ziehen: Das würde ungefähr einer Situation ähneln, in der man Staat und Wirtschaft in der Bundesrepublik den alten KPD-Veteranen anvertrauen würde.

Primitive List

Präsident Svoboda, Parteichef Husak und Ministerpräsident Cernik hatten im April anlässlich der Kaltstellung Dubceks noch die Versicherung abgegeben, die Verdienste des reformfreudigen bisherigen Parteiführers würden ihm stets hoch angerechnet – dennoch ist jetzt ein Kesseltreiben gegen ihn in Gang gekommen, das bedrohliche Formen annimmt. Husak selbst hat dazu einen Beitrag geleistet, als er am 19. August in der Beurteilung des Reformwerkes Dubceks eine totale Schwenkung machte. Noch krasser hat sich Ministerpräsident Cernik verhalten: Er hat sich selbst desavouiert, praktisch alle seine früheren Erklärungen zugunsten der Reformen widerrufen und Alexander Dubcek glatt verraten. Präsident Svoboda ist bisher noch nicht so weit gegangen, aber in seinen Reden anlässlich seines Besuches in Polen und in der zusammen mit Husak und Cernik kürzlich an Breschnew gerichteten Botschaft macht er das traurige Spiel mit. Die eigentlichen Drahtzieher der gesamten Diffamierungskampagne sind die erwähnten Kollaborateure vom vergangenen Jahr: Indra, Bilka und Kolder, zusammen mit dem Chef der Kontrollkommission, Jakes. Mit Halbwahrheiten und Unterstellungen, wie sie in den von ihnen beherrschten Presseorganen verbreitet werden, erzeugen sie eine Psychose gegen Dubcek, Smrkovsky und einige andere Reformer, die als Verräter des Marxismus-Leninismus erscheinen.

Das ist die alte stalinistische Praxis, mit der man eine Säuberung vorbereitet und sich die Tür zu weiteren Konsequenzen einschliesslich der Prozesse offenhält. Mit dürftig fabriziertem «Tatsachenmaterial» wird systematisch behauptet, dass nicht

etwa Breschnew, der Kreml, die Rote Armee und die Vasallen Moskaus an der Invasion und dem ganzen Unglück schuld seien. Vielmehr hätten die Sowjetführer und ihre Verbündeten, so lautet die These, alles getan, um den Januarkurs in eine ruhige Bahn zu lenken, aber Dubcek, Smrkovsky und ihre Bundesgenossen hätten sämtliche Ratschläge systematisch sabotiert. Sie hätten sich schliesslich mit den reaktionären und nationalistischen Kräften verständigt und eine nationalistische ideologische Plattform geschaffen, die

direkt zu einer Konterrevolution führte. Mit dieser plumpen und primitiven List soll die Breschnew-Doktrin moralisch gereinigt werden. Jetzt brauchen die Sowjets weiter nichts mehr zu unternehmen. Sie haben endlich ein Instrument gefunden, mit dem man das nachholen kann, was im vergangenen Jahr durch das Versagen der Kollaborateure und dank dem Widerstand und dem Zusammenwirken der Reformpolitiker mit dem Volke verhindert wurde.

Alexander Korab

UNGELÖSTE KONFLIKTE: NAHER OSTEN UND VIETNAM

Die Spannung im Nahen Osten hat sich in den letzten Wochen laufend verschärft. Zwei Jahre nach dem Sechstagekrieg droht am Ostrand des Mittelmeeres ein neuer bewaffneter Konflikt mit allen seinen weitreichenden weltpolitischen Implikationen. Schon seit längerer Zeit ist der 1967 geschlossene Waffenstillstand nichts mehr als eine *Farce*; kaum ein Tag vergeht, dass nicht vom Jordan oder vom Suezkanal kriegsähnliche Aktionen gemeldet werden.

Der Brand der Al-Aksa-Moschee

Das *Fanal* zu dieser Eskalation war Ende August der Brand der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem, eines der wichtigsten Heiligtümer des Islam. Sie wurde, wie die Untersuchungen der israelischen Polizei ergaben, von einem christlichen Fanatiker australischer Herkunft in Brand gesteckt, der rasch verhaftet werden konnte. Inzwischen war jedoch, auf die blosser Meldung des Brandes hin, in den arabischen Ländern spontan eine Welle des Hasses und des ohnmächtigen Zornes aufgebrochen. Lange Fragen nach den Motiven und Hintergründen des Attentates wurden nicht gestellt; für die arabische Seite war es von vorn-

herein klar, dass die Anstifter des Anschlages auf die Moschee nur im *zionistischen Lager* zu suchen seien. Der Ruf nach dem «Heiligen Krieg» wurde laut, in dem unter der Fahne des Propheten der Kampf aller islamischen Länder gegen Israel koordiniert und intensiviert werden sollte.

Es war von allem Anfang an klar, dass das Feuer in der Al-Aksa-Moschee nur ein *Vorwand* war, um das zersplitterte arabische Lager zu einigen. Nasser versuchte, eine *Gipfelkonferenz* der arabischen Staaten zustande zu bringen, auf welcher aller Welt die *Einheit* der arabischen Nation demonstriert werden sollte. Der Erfolg hielt sich in Grenzen. Zwar kamen die politischen Führer Jordaniens, Syriens und des Irak nach Kairo, ja auch König *Hussein* bemühte sich zu Nasser. Die laut verkündete Schliessung der Reihen gegen die «zionistischen Aggressoren» vermochte jedoch kaum zu überzeugen – zu oft ist in der Vergangenheit die so beschworene Einigkeit vor den harten politischen Realitäten jeweils wieder zerfallen.

Dem «kleinen Gipfel» in Kairo soll nun ein weiteres Treffen auf höchster Ebene in *Rabat* folgen, in dem der Kreis der Teilnehmer umfassender wäre: nicht

nur eine Konferenz der Araber, sondern der ganzen islamischen Welt überhaupt soll eine Formel des Vorgehens gegen Israel finden. Man braucht kein Prophet zu sein, um einem solchen Unterfangen von vornherein nur geringe Chancen vorauszusagen. Zu widersprüchlich sind die Ziele der auf dieser Konferenz vertretenen Regierungen, zu differenziert und anders gelagert ihre Interessen, als dass sich die verschiedenen Meinungen alle unter den gleichen Hut bringen liessen. Die arabische oder gar die islamische Einheit sind vorläufig nichts anderes als eine Fata Morgana, ein Wunschbild, weit entfernt von jeder Wirklichkeit.

Terror und Vergeltungsschläge

Dieses Unvermögen, einen wirksamen politischen Zusammenschluss herbeizuführen und so die Existenz Israels tatsächlich zu bedrohen, hat die *extremistischen Kreise* in den arabischen Ländern in den letzten Monaten veranlasst, die *Terrorakte* gegen Israel zu intensivieren. Zu den Aktionen arabischer Freischärler auf dem Boden Israels und der besetzten Gebiete sind seit einem Jahr weitere Übergriffe gekommen, die auch die Interessen von Drittländern tangieren. Die «Volksfront für die Befreiung Palästinas» hat sich dabei auf die *Luftpiraterie* zu spezialisieren begonnen, im vollen Bewusstsein, dass dieser Art des Terrors gegenwärtig nur sehr schwer beizukommen ist. Der Entführung eines Flugzeuges der israelischen El-Al-Fluggesellschaft nach *Algier* im Sommer 1968 folgten die bewaffneten Überfälle auf israelische Flugzeuge in *Athen* im Dezember 1968 und in *Zürich* im Februar 1969.

Am 29. August ist diese Eskalation noch weiter getrieben worden, indem ein Kommando der «Volksfront» eine nach Tel Aviv fliegende Maschine der amerikanischen Gesellschaft TWA über dem *Mittelmeer* kaperte und zur Landung in *Damaskus* zwang. Nach dem Niedergehen des Flugzeuges auf dem Flughafen der syrischen Hauptstadt wurden die Passa-

giere zum eiligen Verlassen der Kabinen gezwungen und das Cockpit des Apparates durch eine Sprengladung zerstört. Zwei israelische Staatsangehörige wurden von den Syriern als *Geiseln* zurückgehalten. Wenige Tage später griffen arabische Terroristen fast gleichzeitig die israelischen diplomatischen Vertretungen in Bonn und Den Haag sowie das Büro der El-Al in Brüssel an – zweifellos eine abgestimmte Aktion des gezielten Terrors, durch welche der Mittelostkonflikt in die zur Sache Israels neigenden Länder Westeuropas getragen werden sollte.

Israel selber hat auf diese Häufung von Attentaten mit einem schweren *Vergeltungsangriff auf Ägypten* geantwortet. Israelische Truppen überquerten den Golf von Suez und zerstörten auf ägyptischer Seite militärisch wichtige Objekte. Es kam zu eigentlichen *Kämpfen* zwischen den Israeli und Ägyptern, die zahlreiche Todesopfer forderten.

Ohne Ausweg

Diese Steigerung der Spannungen hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass der Krieg vom Juni 1967 – der seinerseits nur eine Fortsetzung der früheren Waffengänge war – heute in zwar veränderter Form, aber praktisch mit den gleichen Mitteln weiter geht. Die Araber haben den ersten Schock ihrer Niederlage überwunden, ihr Selbstgefühl hat sich angesichts der massiven sowjetischen Militärhilfe wieder gefestigt, und sie brennen auf Revanche. Israel hat ihnen zwar nach seinem Sieg vom Juni 1967 die Hand hingestreckt, aber es kann den Arabern das nicht geben, was sie verlangen, nämlich bedingungslosen Rückzug hinter die Grenzen, die vor dem Sechstagekrieg bestanden haben. Dieser *Status quo ante* würde für Israel die dauernde Quelle neuer Gefahren bedeuten, und es ist leicht vorauszusehen, dass ein solcher Rückzug aus israelischer Sicht nur dann gerechtfertigt und vertretbar ist, wenn es dafür klare und eindeutig festgelegte *Garantien für seine staatliche Existenz* er-

hält. Aber gerade diese Garantien sind die Araber nicht gewillt zu geben; es ist deshalb anzunehmen, dass jedes Zurückweichen Israels die Araber nur zu neuen und noch höheren Forderungen ermutigen würde, bis ihr Ziel – die Auslöschung des Staates Israel – erreicht wäre.

Angesichts dieser Voraussetzungen muss man sich damit abfinden, dass die Situation im Nahen Osten noch auf lange Zeit hinaus eine spannungsvolle bleiben wird. Israel behält seine Eroberungen des Jahres 1967 als *Faustpfänder* in seiner Hand, ohne sich dafür das einhandeln zu können, was es erstrebt, nämlich international anerkannte, auch von den Arabern respektierte Grenzen. Der Konflikt wird weiter schwelen, er wird sich gelegentlich intensivieren, gelegentlich abschwächen, aber er wird so lange nicht gelöst werden, als die eine Seite der andern das Recht auf Existenz abspricht. Für die Sicherheit Europas und der ganzen Welt bedeutet diese Situation akuter Kriegsgefahr eine *dauernde Bedrohung*.

Umsturz in Libyen

Wie unausgeglichen die Lage innerhalb der arabischen Welt trotz lauter Einigkeitsbeteuerungen noch immer ist, zeigte Anfang September der Umsturz in Libyen. In einem Land, das sich seit seiner Entlassung aus der Kolonialherrschaft durch praktisch ungebrochene Stabilität ausgezeichnet und das dank seiner reichen Erdölvorräte einen verhältnismässig hohen Standard erreicht hatte, brach gewissermassen über Nacht eine Revolte aus, die die Herrschaft des Senussi-Königs *Idris* wegfegte. Der 79jährige Herrscher selber, der sich zur Zeit des Umsturzes zur Kur in der Türkei aufhielt, kehrte nicht mehr in sein Land zurück. An seiner Stelle übernahm eine *Revolutionsjunta* die Macht, deren Ziele bis jetzt nicht zu durchschauen sind und die sich bewusst mit einem Schleier des Geheimnisses umgibt.

Ohne Zweifel aber ist mit dem Abgang von *Idris* in Libyen das Gefüge eines weite-

ren arabischen Landes ins Wanken gekommen. Welche Tendenzen sich schliesslich durchsetzen werden, bleibt ungewiss; dass der Trend eher in Richtung auf ein *baathistisches Regime* als eine konservative Herrschaft gehen wird, scheint so gut wie gewiss, auch wenn die neuen Männer in Tripolis und Benghasi es sich wohl überlegen dürften, durch allzu kühne wirtschaftliche Experimente sich selbst und ihre offensichtlich noch kaum gefestigte Macht zu gefährden.

Nach Ho Chi Minhs Tod

Am 3. September ist in Hanoi der nordvietnamesische Staatspräsident Ho Chi Minh gestorben. Der Tod des fast achtzigjährigen Politikers hat weltweites Echo gefunden, und das nicht nur, weil sein Land seit Jahren im Mittelpunkt schwerer interner und äusserer Auseinandersetzungen steht. Ho Chi Minh war mehr als nur der Führer eines kommunistischen Staates. Immer mehr ist er in den letzten Jahren zu einer *Symbolfigur* geworden, um die sich ausserhalb Vietnams die Hoffnungen all jener ranken, die vom Kommunismus stalinistischer wie maoistischer Prägung enttäuscht worden sind.

Im Namen Ho Chi Minhs zog die rebellierende Jugend durch die Städte Westeuropas und Nordamerikas. Gleich dem lateinamerikanischen Revolutionär Che Guevara verkörperte «Onkel Ho» für sie in seinem angeblichen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Korruption so etwas wie die reine Idee einer neuen Gesellschaftsordnung. Es focht die Verehrer Hos nicht an, dass die Realität wenig mit ihren eigenen Vorstellungen gemein hatte; Ho Chi Minh schien ihnen ein Mann zu sein, der sich nicht hatte auf die Irrwege anderer Marxisten leiten lassen, sondern – konsequent in seinem Idealismus – in einer von Materialismus und Interessen bestimmten Welt auf ein grosses und leuchtendes Ziel hin steuerte.

Wird der tote Ho über das gleiche *Charisma* verfügen wie der lebende? In

Vietnam selber war er wegen seiner schweren Krankheit schon längst praktisch aus seiner führenden Position verschwunden gewesen. Die Entscheide sind zwar noch in seinem Namen ergangen, aber die eigentliche Verantwortung trugen andere. So ist es nicht erstaunlich, dass niemand ernsthaft in nächster Zeit eine sofortige Änderung der Lage in Vietnam erwartet. Den Nachfolgern Ho Chi Minhs wird es nicht leicht fallen, ihre Herrschaft mit einer Geste der Versöhnung gegenüber ihren Gegnern im Süden und gegenüber den Vereinigten Staaten zu eröffnen. Noch haben sie um die Festigung ihrer Positionen zu ringen und können es nicht riskieren, das Gesicht zu verlieren und ihre Autorität aufs Spiel zu setzen. Sie wollen mehr sein als nur die schwachen Epigonen eines grossen Vorgängers.

Auf lange Frist jedoch dürfte sich das Verschwinden Ho Chi Minhs von der politischen Bühne zweifellos in irgend einer Form auswirken. Präsident *Nixon* hat dem Rechnung getragen, indem er erneut ein *Signal* an die Adresse Hanois gegeben und eine weitere Reduktion der amerikanischen Truppenbestände in Vietnam beschlossen hat. Ob die Hoffnung berechtigt ist, dass früher oder später die Gegenseite endlich aus ihrer Verkrampfung heraustritt und eine Antwort gibt, welche den seit Mai 1968 sich im Kreise drehenden Pariser Vietnamverhandlungen endlich den Impuls in Richtung auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes verleiht, muss die Zukunft zeigen. Irgendwelche Anzeichen dafür sind bisher noch nicht sichtbar geworden.

Fabius

GOD SAVE THE QUEEN!

Betrachtungen über die britische Monarchie

Im März dieses Jahres prophezeite ich in diesen Spalten einen Sieg der Liberalen bei den Nachwahlen im Kreis Birmingham – und ich habe mit meiner Vorhersage, aller gegenteiligen Wahrscheinlichkeit zum Trotz, recht behalten. Es wäre leichtsinnig von mir, wollte ich meinen Prophetenruhm mit diesem kleinen Beitrag aufs Spiel setzen. Wenn ich also erneut einige der jüngsten Ereignisse näher beleuchte, so handelt es sich keinesfalls um eigentliche Parteistreitigkeiten, sondern um Akzente im politischen Geschehen, die den künftigen Gang der Dinge entscheidend beeinflussen könnten. Für heute möchte ich also auf das Prophezeien verzichten. Ich frage mich, ob – wenn unsere Gegenwart einst Geschichte geworden sein wird – sich irgendein Historiker die Mühe nehmen wird, etwas über die Erlebnisse der bri-

tischen Königsfamilie zu berichten. Wird in unserem nach-marx'schen Jahrhundert, im Zeitalter der grossen republikanischen Staatswesen, da «Nationalismus» schon fast wie ein Schimpfwort tönt und Heldenverehrung ein ausgesprochen amerikanischer Brauch ist, überhaupt noch jemand für solche Dinge Interesse zeigen? Sollte jemals ein Historiker der königlichen Familie und ihrer Bedeutung einige Seiten widmen, so wird er dies vielleicht nur mit dem unbehaglichen Gefühl tun, seine Leser mit Nebensächlichkeiten zu langweilen.

Und dennoch glaube ich instinktiv zu spüren, dass die Investitur des Prince of Wales sich dereinst als das wichtigste Ereignis des Jahres 1969 – soweit es die britische Geschichte anbelangt – herausstellen wird. Anfänglich erwartete man von der Sache

den Misserfolg des Jahres. Schon Monate vor dem festgesetzten Termin, als die Touristenpropaganda bereits auf Hochtouren lief, betrachteten die Intellektuellen, die sachlich-nüchternen Wortführer der öffentlichen Meinung und die Politiker die ganze Angelegenheit als eine Kreuzung zwischen einem schlechten Witz und einem entwürdigenden Propagandarummel. In England wird der Public Relations-Fachmann heute mit ähnlicher Geringschätzung angesehen wie in Frankreich zur Zeit der Revolution die Vertreter der Kirche: mit der Verachtung für ein leider nun einmal notwendiges Übel. Nach Ansicht vieler Leute hatten das Paukengedröhn und der Trompetenschall den Beigeschmack einer kommerziellen Werbekampagne. So zahlreich wie die Details des von Lord Snowdon, Prinz Charles' Onkel, veranstalteten Souvenir-Wettbewerbs waren die Unkenrufe über die Sinnlosigkeit des ganzen Unternehmens.

Die königliche Familie stellt sich vor

Dann kam der 21. Juni, und die Spötter verstummten. An diesem Abend zeigte die BBC einen langen Dokumentarfilm. Damit wurde das bestgehütete Palastgeheimnis, nämlich das Leben der königlichen Familie, auf sympathische Art vor dem breiten Fernsehpublikum enthüllt. Niemand hatte vorher davon erfahren, dass sich die Kamerateure während fast eines Jahres in der nächsten Umgebung der Königin und ihrer Angehörigen bewegt hatten. Für die erste Vorführung des Filmes hatte man einen denkbar günstigen Zeitpunkt gewählt, und dank der Verschwiegenheit war die Überraschung um so grösser. Ich brauche nicht auf den Film selbst einzugehen, da er mittlerweile wohl vom grössten Teil des Fernsehpublikums der Welt gesehen worden ist. Aber ich möchte doch betonen, welcher nachhaltigen Eindruck die wirklichkeitsnahe Sendung bei den Leuten hinterliess, die bisher unter dem Eindruck standen, die königliche Familie sei «anders» – eine Fabel, die ihren Ursprung in der lang-

jährigen Abgeschiedenheit Königin Viktorias hatte. Gewiss hat Prinz Philipp mit beachtenswertem persönlichem Engagement versucht, diesen Bann zu brechen. Dennoch blieb der Hof von einem dünnen, aber hartnäckig-beständigen Weihrauchschleier umhüllt. Der Film schloss mit einigen Aufnahmen von Prinz Charles beim Fischen und mit einem Hinweis auf seine künftigen Pflichten, auf die er sich vorbereitet. Am Ende der Sendung hegte wohl kein Zuschauer mehr Zweifel daran, dass es sich hier um eine durchaus normale Familie handelte, die eine ermüdende, oft enttäuschende, aufregende, begrenzte, weltweit wirksame, einzigartige und dabei doch in Alltäglichkeiten sich fast erschöpfende Aufgabe – alles in allem genommen aber gleichwohl eine lohnende Aufgabe – erfüllte. Die meisten empfanden natürlich den Film auch als eine Art persönliche Botschaft. Welches Vergnügen zu sehen, dass die Königin viel Sinn für schelmischen Humor hat und dass Prinz Philipp fachmännisch mit Pinsel und Palette umzugehen weiss! Aber die tiefste Befriedigung empfanden die meisten Zuschauer doch bei der Entdeckung, dass der künftige König von England ein begabter Cellist, ein angenehmer Gesprächspartner, aber auch ein nachdenklicher junger Mann mit gepflegten Umgangsformen ist. Diesem ersten Film folgte innerhalb einer Woche eine weitere Fernsehsendung, diesmal ein Interview mit Prinz Charles. Dabei wurde der erste Eindruck noch bestätigt.

Eine Galionsfigur ohnegleichen

Bis zum Zeitpunkt der eigentlichen Investiturfeier hatte sich die Stimmung im Lande völlig gewandelt. Zwar mag das etwas in die Länge gezogene Schaugepränge nicht jedermanns Geschmack entsprochen haben. Aber der junge Mann, der hier seinen grossen Tag erlebte, konnte doch der Zuneigung sozusagen des ganzen Volkes sicher sein. *Einen* Mann muss der Erfolg des Tages mit besonderer Befriedigung erfüllt haben, nämlich den erst kurz zuvor ernann-

ten, aus Australien stammenden Pressesekretär des königlichen Palastes, der als guter Geist hinter den Kulissen die ganze Publicity im richtigen Masse zu steigern wusste.

Dank dieses sorgfältigen, auf präziser Generalstabsarbeit beruhenden Vorgehens gelangte die britische Öffentlichkeit zur Einsicht, dass sich das eigene Staatsoberhaupt nicht so radikal von den Oberhäuptern anderer Länder unterscheidet, dass es sich vor diesen aber doch durch einige ganz besondere Eigentümlichkeiten auszeichnet. Ich glaube nicht, dass in unserem Jahrhundert der republikanische Staatsgedanke für die englische Monarchie je eine Gefahr darstellte. Heute hat der Republikanismus überhaupt keine Chancen mehr. Aber ich halte die politische Bedeutung der ganzen Entwicklung bis zum jetzigen Stand für tiefgründiger und zukunftsweisender als die heute feststehende Tatsache an sich. Die Ereignisse dieses Sommers haben gezeigt, dass unsere Königsfamilie mehr ist als ein Anziehungspunkt für zahlreiche, mit harter ausländischer Währung ausgestattete Besucher aus Übersee. Vielmehr liess sie uns auch bewusst werden, welche enorme Einflussmöglichkeiten im besten Sinne unserem gekrönten Staatsoberhaupt offenstehen. Keine der rein nominellen und gewählten Galionsfiguren republikanischer Staatswesen kann an Ausstrahlungskraft damit verglichen werden.

Am deutlichsten kommt dies meines Erachtens in der Tatsache zum Ausdruck, dass das Britische Commonwealth ungeachtet aller politischen Wechselfälle weiterlebt. Innerhalb dieser Staatengemeinschaft vollzieht sich der kaum für möglich gehaltene, einzig dastehende Brückenschlag zwischen den reichen und den armen Völkern der Welt, zwischen Menschen aller Hautfarben vom blassen Weiss bis zum tiefsten Schwarz. Selbst die Häupter der republikanischen Staaten des Commonwealth beieilen sich jeweils, der Königin zu huldigen. Sie tun dies nicht nur um des Symbols der Krone willen, sondern auch aus Respekt für die Persönlichkeit der Königin. Sogar *Ian Smith*, der der ganzen Tradition des bri-

tischen Kolonialismus den Rücken gekehrt hat, scheut vorderhand noch davor zurück, sich von der persönlichen Autorität der Königin loszusagen.

Die Krone, die Parteien, die Nationalisten

Nun war man früher weit und breit der Ansicht, die königliche Familie zähle notwendigerweise zu den Konservativen, ähnlich wie man etwa die Church of England als die «Tory Party auf den Knien» zu bezeichnen pflegte. Bekanntlich erschien zwar Prinzessin Margaret einige Zeit vor ihrer Verheiratung bei verschiedenen Anlässen in Begleitung des heutigen liberalen Parteiführers *Jeremy Thorpe*. Wir tun aber gut daran, seinen Erfolg eher auf seinen persönlichen Charme als auf seine politische Gesinnung zurückzuführen. Von ihrem Gatten *Lord Snowdon* hiess es in der Tat immer wieder, er sympathisiere mit der Labour Party. Dies hat aber eher damit zu tun, dass er ein zu talentierter und eigenwilliger Photograph ist, als dass er sich in den Reihen der Konservativen «businessmen's Party» heimisch fühlen würde. Seitdem wie es wolle, bis vor kurzem schien es ganz einfach unmöglich, dass Mitglieder der königlichen Familie die erbitterten Parteikämpfe von hoher Warte aus völlig unvoreingenommen betrachten könnten. Obwohl den Bemühungen der Krone im Rhodesienkonflikt fast nur Misserfolge beschieden waren, kann seither doch niemand mehr daran zweifeln, dass sie sich mindestens in bezug auf innenpolitische Auseinandersetzungen völlig unparteiisch verhält.

Ohne meine obigen Beobachtungen in Frage zu stellen, möchte ich aber doch darauf hinweisen, dass die Investitur auf einem Gebiet bemerkenswerte parteipolitische Rückwirkungen mit sich gebracht hat. Hand in Hand mit dem persönlichen Erfolg Prinz Charles' und der Wertschätzung, welcher sich der von seinen Eltern und der ganzen königlichen Familie dem Lande erwiesene Dienst überall erfreut, ging eine steigende Welle der Verachtung

für die kleine Schar walisischer Nationalisten, die in den Feierlichkeiten die günstigste Gelegenheit witterten, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihr Anliegen zu lenken. Ich habe oben vom «ganzen Volk» gesprochen, das Prinz Charles und seiner neuen Aufgabe wohlgesinnt gegenübersteht. Zutreffender wäre es gewesen, von «allen Völkern Grossbritanniens» zu sprechen. Nicht nur die walisischen Patrioten, sondern auch die schottischen (und nicht zu vergessen jene von Cornwall, denen Prinz Charles in seiner Eigenschaft als Herzog von Cornwall übrigens besonders nahesteht) erinnerten sich plötzlich der Tatsache, dass in den Adern der englischen Königsfamilie ein schöner Teil keltischen Blutes fließt und dass sie somit auch *ihr* Eigentum ist. Wenn immer eine selbstgebastelte Bombe explodierte, ergoss sich vermutlich eine kleine Flut von Austrittserklärungen in die Büros der walisischen Nationalistenpartei *Plaid Cymru* und ihres schottischen Pendant. Bereits in diesem Jahr schnitten sie bei den Gemeindewahlen weniger erfolgreich ab als in früheren Jahren, und es scheint heute wahrscheinlich, dass sie sich nach den nächsten allgemeinen Parlamentswahlen mit einer viel bescheideneren Rolle begnügen müssen, als ich noch unlängst zu behaupten wagte. Sollte dieser Fall eintreten, so dürften die beiden Hauptparteien, in erster Linie aber die Labour Party, Prinz Charles zu aufrichtigem Dank verpflichtet sein.

Gemeindeautonomie in neuer Form

Es ist wohl eine jener ergötzlichen Ironien im politischen Leben, dass der verblässende Mond des Nationalismus heute vom immer heller werdenden Stern der Demokratie auf lokaler Ebene überstrahlt wird. Nur einige Wochen vor der Investitur veröffentlichte die von *Lord Redcliffe-Maud* präsierte «Königliche Kommission für lokale Selbstverwaltung in England» ihr Gutachten. Im ganzen Land setzte sofort die Diskussion über die Vorteile der dezentralisierten Verwaltungskontrolle gegenüber der lei-

stungsbewussten zentralen Bürokratie ein. Landauf und landab gingen die Bürgermeister und die Mitglieder der Gemeindebehörden ängstlich mit sich selbst ins Gewissen.

Der «Royal Maud Report», wie das Gutachten nunmehr heisst, um es von einem früheren, ebenfalls unter der Leitung Lord Redcliffe-Mauds ausgearbeiteten Bericht zu unterscheiden, ist ein gewaltiges Dokument, und die darin enthaltenen Vorschläge erregten von Anfang an Aufsehen. Der Bericht empfiehlt die Abschaffung aller bestehenden Gemeindebehörden; sie sollen durch nur 71 für alle Aufgaben zuständige «Unitary Councils» ersetzt werden. Diese neugeschaffenen Behörden, deren Zuständigkeitsbereich sich über recht grosse Gebiete mit einer Einwohnerzahl von einer Viertelmillion Menschen an aufwärts erstrecken würde, stünden dann als einzige Exekutivinstanz zwischen der Zentralregierung und dem einzelnen Bürger. Alle bisherigen Gemeinderäte und -korporationen würden überflüssig. Nach Ansicht der meisten Kommissionsmitglieder müssen die neuen Verwaltungsregionen die vorgeschlagene Grösse aufweisen, und die «Unitary Councils» müssen über umfassende Befugnisse verfügen, um überhaupt selbständig handeln zu können.

Ein Kommissionsmitglied, *Derek Senior*, war mit diesen Vorschlägen allerdings nicht einverstanden. Mit bewundernswertem Eifer arbeitete er einen etwa gleich langen, in der Logik seiner Argumentation oft bestechenden Minderheitsvorschlag aus. Er empfiehlt, dass die regionale Selbstverwaltung auf zwei verschiedenen Ebenen spielen müsse, und ist der Ansicht, dass das von der Maud-Kommission gelieferte Rezept einen unhaltbaren Kompromiss zwischen den beiden Erfordernissen darstelle. Er empfahl die Schaffung von zwei Zuständigkeitsbereichen. Dem ersten sollten die langfristigen Planungsaufgaben zugeteilt werden, dem zweiten hingegen die den lokalen Bedürfnissen und dem einzelnen Bürger geltenden Dienstleistungen.

Die Auseinandersetzung über die beiden

Vorschläge hat natürlich eben erst begonnen und wird die Diskussion zweifellos bis zum Jahresende beschäftigen. Zur Zeit liegen deutliche Anzeichen dafür vor, dass Derek Senior mit seinen Vorschlägen beim Volk eher Gehör findet als seine Kommissionskollegen. Dies ist wohl nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, dass sich sein Gutachten, die typische Streitschrift eines Einzelgängers, viel flüssiger liest. Der Mehrheitsbericht ist eben offensichtlich ein trockenes Gemeinschaftsprodukt.

Kaum jemand erwartet, dass die zur Zeit im Amt stehende Regierung noch genügend Zeit finden wird, um in dieser Sache mit mehr als einer Willenskundgebung aufzuwarten. Wahrscheinlich wird diese nächstes Jahr in Form eines Weissbuches an die Öffentlichkeit gelangen. Heute werfen bereits die bevorstehenden Parlamentswahlen ihre Schatten voraus. In weiten Kreisen nimmt man an, dass die Konservativen die Mehrheit im Unterhaus zurückerobern werden. Deshalb kommt bereits jetzt den Ansichten Edward Heaths zu den erwähnten Reformvorschlägen besondere Bedeutung zu. Er hat es aber bis anhin sorgfältig vermieden, sich irgendwie zu exponieren, und äussert sich noch zurückhaltender, als er es sonst zu tun pflegt. Zweifellos erinnert ihn seine Umgebung immer wieder daran, dass die grosse Mehrheit jener Gemeinderäte, die Gefahr laufen, abgeschafft zu werden, Anhänger der Konservativen Partei sind.

Eine weitere Königliche Kommission ist zur Zeit unter dem Vorsitz von *Lord Crowther* an der Arbeit. Sie unterzieht das Verhältnis der einzelnen Teile des Vereinigten Königreiches zur Zentralregierung einer eingehenden Prüfung. Es könnte sehr wohl der Fall eintreten, dass ihre Schlussfolgerungen betreffend Schottland und Wales sowie die Grafschaften Englands auch das Problem der lokalen Selbstverwaltung berühren. Mit andern Worten: Die Crowther-Kommission könnte auch in dieser Sache mit Vorschlägen aufwarten, welche die Aussagen der Maud-Kommission als überholt erscheinen liessen.

Zank um eine Wahlkreisreform

Dieses Aufeinanderprallen von Vorschlägen und Gegenvorschlägen hatte eine sehr eigentümliche Begleiterscheinung zur Folge. Seit langem besteht die Gepflogenheit, dass eine völlig unabhängige Wahlkreis-Kommission in regelmässigen Abständen die Abgrenzung der von den Parlamentsmitgliedern in Westminster repräsentierten Wahlbezirke überprüft und, falls nötig, Änderungen in der Einteilung empfiehlt. Bis anhin bedeutete es für die jeweils an der Macht befindliche Regierung eine blosser Formsache, die Vorschläge der Kommission in die Tat umzusetzen, gleichgültig ob dies der eigenen Partei zum Vorteil gereichte oder nicht.

Erst kürzlich hat die Wahlkreiskommission ihr neuestes Gutachten fertiggestellt. Dieses trägt der Tatsache Rechnung, dass die Einwohnerzahl in den Zentren unserer Grossstädte in stetigem Rückgang begriffen ist, dass aber andererseits die Bevölkerung in den neuen Vorstadtsiedlungen unaufhaltsam wächst. Würde die Regierung den jetzt vorliegenden Empfehlungen der Kommission Folge leisten, so liesse sich eine Verminderung der Zahl der Wahlbezirke, die auch bei den nächsten Parlamentswahlen wahrscheinlich Labour-Abgeordnete nach Westminster delegieren würden, nicht vermeiden. Umgekehrt würde eine ganze Anzahl von neu abgegrenzten Wahlkreisen voraussichtlich an die Konservativen oder an die Liberalen fallen. Man hat bereits ausgerechnet, dass etwa zwanzig Sitze von dieser Verschiebung betroffen werden könnten.

Kaum hatte die Maud-Kommission ihren Bericht veröffentlicht, als der Innenminister auch schon verkündete, dass er die bereits vorher von der Wahlkreiskommission beantragten Änderungen *nicht* durchzuführen beabsichtige. Die Reform auf dem Gebiet der lokalen Selbstverwaltung könnte, sagte er, eine neuerliche Überprüfung der Wahlbezirke erforderlich machen, und es sei durchaus nicht wünschenswert, die Grenzen der Wahlkreise jetzt neu festzulegen, da sie möglicherweise ja ohne-

hin schon bald wieder zu ändern wären. In der Öffentlichkeit hält man dieses Argument des Innenministers für einen Vorwand, der in seiner Dürftigkeit nicht mehr zu überbieten ist. In der Tat liebäugeln die Labour-Führer ganz einfach mit wahlkreisgeometrischen Praktiken, um für ihre Partei einige Sitze zu retten. Die Regierung schien von der Sauberkeit ihrer Handlungsweise sogar noch weniger überzeugt zu sein als der Mann von der Strasse. Denn schon bald rückte Innenminister Callaghan mit einer neuen Erklärung heraus; er versprach, die ganze Sache nochmals in Erwägung zu ziehen, und zwar zu einem Zeitpunkt, der – wohl nicht ganz zufällig – unmittelbar auf den letztmöglichen Termin für die bevorstehenden Parlamentswahlen folgt. Callaghans Erklärung löste einen Aufschrei der Entrüstung aus. Das Oberhaus suchte sich die ganze Affäre vom Halse zu schaffen, indem es auf Antrag der Konservativen und Liberalen einige besonders sorgfältig formulierte Abänderungsvorschläge annahm. Sobald aber das Parlament im Oktober wieder zusammentritt, werden sich die Politiker neuerdings über dieser Frage ereifern.

Wird die Königin eingreifen?

In diesem Zusammenhang rückt ein interessantes verfassungsrechtliches Problem in den Vordergrund des Interesses. Nehmen wir einmal an, eine entschlossene und straff

disziplinierte Partei, die gewillt ist, das Wahlsystem des Landes zurechtzustutzen, um sich selbst an der Macht zu halten, verabschiede eine entsprechende Vorlage in beiden Häusern des Parlaments. Nehmen wir ferner an, die Vorlage gelange schliesslich auf den Schreibtisch des Souveräns: Könnte sich die Königin dann weigern, mit ihrer Unterschrift das Gesetz in Kraft zu setzen? Könnte sie die Abgabe ihrer Unterschrift hinausschieben? Oder könnte sie das Dokument zwar unterzeichnen, dabei aber Protest einlegen und damit die betreffende Partei noch mehr als zuvor der Verachtung durch die öffentliche Meinung preisgeben?

Walter Bagehot, der bedeutende britische Verfassungsrechtler des letzten Jahrhunderts, lehrte uns glauben, dass der Monarch nur das Recht hat, sich informieren zu lassen, Ratschläge zu erteilen und zu warnen. Aber wir vertrauen auch auf die Krone als Symbol für den Fortbestand unserer individuellen Bürgerrechte. Was soll geschehen, wenn diese Rechte durch eine offensichtliche Verfälschung des demokratischen Prinzips ausgehöhlt werden? Und was soll geschehen, wenn die Verantwortlichen die Warnungen der Königin in den Wind schlagen? Der Leser wird mit mir einiggehen, wenn ich abschliessend feststelle, dass die königliche Familie heute alles in allem aufregende Zeiten durchlebt.

Paul Tyler

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

«Le Jura, c'est moi»

Die Jurafrage, dieses ständige Traktandum der schweizerischen Innenpolitik, setzte auch in dieser Berichtsperiode Hauptakzente im öffentlichen Geschehen. Und wie meist in letzter Zeit waren diese gegen-

läufig. Am 9. September billigte der Grosse Rat des Kantons Bern ohne Gegenstimme den Zusatz zur Staatsverfassung, der die rechtliche Grundlage zur Ausarbeitung eines Jurastatuts sowie zur jurassischen Selbstbestimmung über das künftige Schicksal dieses Landesteils bieten soll.

Die Diskussion führte mit aller Deutlichkeit vor Augen, wie sehr sich in «Alt-Bern» die Ansichten gewandelt haben und wie nachdrücklich nun von dieser Seite versucht wird, das Problem ein für allemal in eidgenössischem Geiste zu bereinigen.

Um so deprimierender muss auf diese Kreise die offizielle Verlautbarung der Separatistenführer zu den Vorschlägen der Kommission Petitpierre gewirkt haben, die am 14. September am «Fest des jurassischen Volkes» rundweg erklärten, der aufgezeigte Weg sei für sie nicht gangbar. Roland Béguelin, der von seinem Mitstreiter Nationalrat Wilhelm kürzlich als eine Art Saint-Just bezeichnet worden ist, dem der Zweck jedes Mittel heilige, erging sich erneut in dunklen Drohungen. Es stünden den Separatisten noch «fürchterliche Waffen» zur Verfügung, die man zum Teil schon früher mit Erfolg angewandt habe. Ob damit Terrorakte gemeint waren, blieb unklar. Doch war die auf die Parole «Endsieg» und «Durchhalten» gestimmte Rede auch so noch deutlich genug.

Das Leitmotiv der Stellungnahme war im übrigen einmal mehr die Forderung nach Anerkennung der Separatistenführer als «Gouvernement moral du Jura» – jener Führer notabene, die sich geweigert hatten, mit der Kommission Petitpierre zusammenzuarbeiten. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier Leute am Werke sind, denen es zumindest ebenso sehr um die Selbstgeltung wie um die Sache geht. «Le Jura, c'est moi» – das scheint ein Zentralgehalt dieser Politik zu sein.

Auf solchem Stimmungshintergrund wird es schwerhalten, einigermaßen rasch voranzukommen, auch wenn es Anzeichen dafür gibt, dass die «harte Linie» Béguelins nicht von allen seinen Gefährten geteilt wird. Es ist auch kaum wahrscheinlich, dass der Aufruf der «Kommission der Guten Dienste» vom 5. September in diesen Kreisen ernstlich Gehör findet, ein Aufruf, in dem die Hitzköpfe eindringlich beschworen werden, nicht noch mehr Hass und Zwietracht zu säen und damit das Erdreich für neue Gewalttaten zu bereiten. Die

Separatistenführer scheint die Möglichkeit, dass durch ihre Haltung die Sache des Juras endgültig kompromittiert werden könnte, wenig zu kümmern. Sie reden weiter von «Internationalisierung», von «unbeirrbarer Härte», von drohender «Germanisierung», so als ob es in den letzten Monaten und Jahren überhaupt nichts an positiven Gesten von der andern Seite gegeben hätte. Sie «marschieren» geistig weiterhin in eine Zukunft, von der sie ehrlicherweise wohl selbst immer weniger glauben können, dass sie realistisch und realisierbar sei.

Ja und Nein

Die Anhänger des Frauenstimmrechts werden den 14. September in zwiespältiger Erinnerung behalten. Zwar ist es im Kanton Zürich einen Schritt weitergegangen durch die Annahme der Verfassungsänderung, welche es den Gemeinden ermöglicht, das Frauenstimm- und Wahlrecht in kommunalen Angelegenheiten einzuführen. Im Kanton Schaffhausen aber ist die Einführung des vollen kantonalen Frauenstimmrechts einmal mehr abgelehnt worden; der einzige Trost besteht dort in einem Rückgang der Nein um 900 Stimmen gegenüber dem letzten Urnengang, der nur etwas über zwei Jahre zurückliegt.

Die beiden Abstimmungen scheinen zu beweisen, dass es in der deutschen Schweiz aussichtsreicher ist, den «Weg von unten» zu beschreiten und in einer ersten Stufe nur das Gemeindestimmrecht anzustreben. Eine genauere Analyse des Zürcher Resultats unterstreicht dies noch zusätzlich. Obwohl von einer ernsthaften Abstimmungskampagne kaum die Rede sein konnte, weil offenbar allgemein stillschweigend angenommen wurde, diesmal werde dank dem reduzierten Programm der Durchbruch gelingen, ist das Ergebnis keineswegs begeisternd ausgefallen. Der siebente Anlauf auf das Frauenstimmrecht (der erste erfolgte 1920) erbrachte zwar eine Annahme im Verhältnis von 3 zu 2 bei einem Ja-Überschuss von 25 000. Der «Sieg» beruhte aber nicht auf einem realen

Zuwachs an Befürwortern; die Ja-Stimmen haben sich gegenüber dem letzten Urnengang von 1966 nicht erhöht. Das positive Resultat kam vielmehr einfach dadurch zustande, dass von den damaligen Neinstimmern diesmal etwa 40000 zuhause blieben. Die Stimmbeteiligung war denn auch gegenüber 1966 stark gesunken.

Skeptisch mag auf den ersten Blick auch stimmen, dass die Vorlage, die ja genau genommen eine «Gemeindevorlage» war, lediglich in einem guten Drittel, das heisst in 63 der zürcherischen Gemeinden angenommen wurde. Die anderen zwei Drittel sind also gewissermassen majorisiert worden, was den Schluss nahelegen könnte, dass diese Gemeinden entsprechend harthörig sein und von der Möglichkeit der Einführung noch längere Zeit nicht Gebrauch machen werden. Indessen weiss man auf Grund der Erfahrungen im Kanton Bern, dass in dieser Hinsicht so etwas wie ein Schneeballsystem einsetzt. Die eine Gemeinde steckt die andere an. Wer gestern noch «eisern» war, will heute nicht mehr länger gegenüber dem «aufgeschlosseneren» Nachbarn zurückstehen. Da am 14. September 9 Gemeinden in einer gleichzeitigen kommunalen Abstimmung bereits die praktische Einführung beschlossen und da eine weitere – Volketswil – schon im Juli eine «Abstimmung unter Vorbehalt» erfolgreich unter Dach gebracht hatte, bestehen auch bereits erste aktive «Infektionsherde», die bestimmt innert kürzester Frist weitere Gemeinden anstecken werden.

Ein «Schicksalsartikel» mit geringer Resonanz

Am gleichen 14. September war das Schweizervolk aufgerufen, zu den beiden Verfassungsartikeln 22^{ter} und 22^{quater} betreffend *Bodenrecht* Stellung zu nehmen. Die Stimmbeteiligung erreichte mit 31,5 Prozent ein absolutes Rekordtief. Und dies bei einem Thema, das von jeher politisch explosiv war und immer wieder Anlass zu schärfsten öffentlichen Auseinandersetzungen geboten hatte. Die neuen

Artikel bringen die bisher nicht ausdrücklich verankerte Eigentumsgarantie und schaffen ausserdem die verfassungsmässige Grundlage für erweiterte, durch das Gesetz noch detailliert zu bestimmende Planungskompetenzen des Bundes.

Das erschreckend laue Abstimmungsklima hat einen einfachen Grund. Die Vorlage stellte den geradezu klassischen Fall eines langsam gereiften eidgenössischen Kompromisses dar. Was allenfalls dagegen hätte gesagt werden können, ist schon längst nach allen Seiten gedreht und gewendet worden. Keine der grossen Parteien ergriff denn auch die Opposition, obwohl sicherlich keine mit ganzem Herzen hinter jedem Buchstaben stand. Es war den kleinen Oppositionsgruppen des Landesrings, der PdA und der Liberalsozialisten vorbehalten, noch etwas oppositionelles Sperrfeuer zu geben. Doch genügte dies nicht, um die Gemüter zu erhitzen. Mehr als zwei Drittel der Stimmberechtigten blieben zu Hause; und sicherlich wären es noch mehr gewesen, wenn nicht da und dort «zügigere» kantonale oder kommunale Vorlagen für eine grössere Stimmbeteiligung gesorgt hätten.

Der Fall ist symptomatisch. Je schwieriger die Themen werden, um so sorgfältiger und ausbalancierter ist der parlamentarische Werdegang solcher Vorlagen – und um so geringer ist aber auch der Spielraum für den Bürger im Abstimmungskampf. Denn wer möchte schon im Ernst Hand dazu bieten, dass weiterhin *überhaupt nichts* geschieht im Bereich des Bodenrechts! Selbst die Oppositionsgruppen hätten sich vermutlich ihre Gegnerschaft nochmals überlegt, wenn sie ernsthaft mit einem Erfolg ihrer Neinparolen hätten rechnen können (oder müssen).

Was die Vorlage selbst betrifft, so ist damit naturgemäss nur eine erste Runde gewonnen. Die Ausführungsgesetzgebung wird ohne Zweifel zu einer Neuauflage des grossen Seilziehens führen. Dass die Widerstände nach wie vor lebendig sind, hat die Abstimmung über die Verfassungsartikel trotz der lauen Atmosphäre nur allzu deutlich werden lassen. Der Kanton

Zürich zum Beispiel wies eine bemerkenswert knappe Mehrheit an Ja-Stimmen auf; seine beiden städtischen Zentren, Winterthur und Zürich, lehnten sogar ab. Hier wie auch im ablehnenden Kanton Aargau wurden die planerischen Möglichkeiten des neuen Bodenrechts offensichtlich in weiten Kreisen zu gering befunden. In Obwalden und Schwyz, die ebenfalls verwarfen, dürfte andererseits die entgegengesetzte Einstellung, das tiefe Misstrauen gegen jegliche staatliche Eingriffe, den Ausschlag gegeben haben. Das alles deutet darauf hin, dass sich auch die Ausführungsgesetzgebung auf der mittleren Linie eidgenössischer Kompromisspolitik bewegen müssen, wenn sie sicher unter Dach gebracht werden soll.

Im Schatten der «Mirage»

Gegenwärtig läuft die Vorabklärung im Hinblick auf die Beschaffung neuer Kampflugzeuge auf hohen Touren. Sie begegnet grösstem öffentlichem Interesse – nicht nur angesichts der schweizerischen Militärfreudigkeit, die jeden Bürger zum «Experten» in Verteidigungsfragen werden lässt, und auch nicht allein der hohen Beträge wegen, die auf dem Spiele stehen (die neue Flugzeugserie wird an die 1,2 bis 1,5 Milliarden kosten), sondern vor allem weil die Flugzeugbeschaffung seit der «Mirage-Affäre» des Jahres 1964 innenpolitisch aufs höchste belastet ist. Damals wurde die Angelegenheit zum ebenso kostspieligen wie spektakulären Schulbeispiel für die Anpassungsschwierigkeiten unserer politischen Führung angesichts der gewaltigen technischen Revolution und deren Rückwirkungen auf das öffentliche Leben.

Die damalige Erfahrung war in mancher Hinsicht heilsam. Man begann seither

einzuwenden, dass Regierung, Verwaltung und Parlament noch vermehrt der sachkundigen Hilfe von Expertenstäben bedürfen. Gerade das Beispiel der Flugzeugbeschaffung zeigt aber, dass hier noch ein mehreres getan werden müsste. Angesichts der finanziellen und verteidigungspolitischen Tragweite des Problems wäre es wohl angezeigt, nicht nur von Fall zu Fall Gremien zur Vorabklärung einzusetzen, sondern einen permanenten Stab mit der fortlaufenden Beobachtung der flugtechnischen Entwicklung zu beauftragen. Das wäre um so eher angebracht, als die Militärverwaltung wie das Parlament seit der «Mirage-Affäre» auf diesem Felde natürlicherweise jede Risikofreudigkeit eingebüsst haben und dazu neigen, sich noch und noch abzusichern.

Eine gewisse Unsicherheit ist denn auch in dem ganzen Verfahren unverkennbar. Der Bundesrat hatte zwar schon vor einem Vierteljahr bekanntgegeben, dass die beiden Typen «Corsair A-7-D» und «Fiat G-91-Y» in die engste Wahl gekommen seien. Doch später tauchten Vorbehalte auf, und es war zu vernehmen, dass noch zwei weitere Flugzeugtypen, der französisch-britische «Jaguar» und der französische «Mirage V Milan» zur Diskussion stünden. Ein neuer Akzent scheint ausserdem durch die Hearings der Militärkommissionen beider Kammern betreffend Lizenzbau in der Schweiz gesetzt worden zu sein. Die Sitzung vom 9./10. September ergab entgegen der früher verfolgten Linie ein Abrücken von dieser «Eigenproduktion», ohne dass allerdings definitive Schlüsse gezogen worden wären. So wird es wohl noch einige Monate dauern, bis das Geschäft für den Bundesrat endgültig entscheidungsreif sein wird.

Spectator

Stabilisierungsbemühungen in Frankreich

Die französische Regierung hat die Nachabwertungsperiode noch nicht bewältigt; soziale Unrast und wirtschaftliche Unsicherheit beherrschen momentan das Bild in Frankreich, obwohl die Wirtschaftslage des Landes noch erstaunlich positiv beurteilt werden kann. Das französische Sanierungsprogramm, das von der Regierung zu Beginn des Monats September bekanntgegeben worden war, verfolgt zwei Hauptzwecke, nämlich einmal die Franzosen aus der nebelhaften Sphäre der Selbsttäuschung herauszuführen, in die sie während der Ära de Gaulle geraten waren. Chaban-Delmas sprach von einer «neuen Gesellschaft», die gebildet werden müsse und Giscard d'Estaing forderte direkter und unmittelbarer die «industrielle Grossmacht Frankreich», das heisst eine wesentliche Stärkung und teilweise Erneuerung der industriellen Fundamente.

Dagegen beinhaltet aber der «Plan de Redressement» einige ganz konkrete wirtschaftliche Massnahmen, die auf eine *Stabilisierung* der Wirtschaftslage angelegt sind. Das wirtschaftspolitische Credo der Regierung könnte unter den Titel «umfassende Gleichgewichtspolitik» gestellt werden, wobei als Angelpunkt der über weitere Sparmassnahmen herbeizuführende Ausgleich des öffentlichen Haushaltes zu betrachten ist. Die Gleichgewichtspolitik hält die Regierung im Blick auf die Erhaltung der Abwertungsvorteile sicherlich zu Recht als unbedingt notwendig; und der Gleichgewichtsfahrplan ist denn auch höchst eindrücklich: Gleichgewicht im Staatshaushalt bis zum 1. Januar 1970; inländisches wirtschaftliches Gleichgewicht bis zum 1. April 1970; und aussenhandelspolitisches Gleichgewicht bis zum 1. Juli 1970. Die Regierung hat sich also auf einen *zeitlichen Dreistufenplan* festgelegt. Den ausgeglichenen Staatshaushalt will die Regierung durch steuerliche Massnahmen sowie

durch eine Drosselung der Ausgaben erreichen. Im Sektor der Preise versucht die Regierung, mit einer Verstärkung der Preisüberwachung die vorhandenen inflationären Tendenzen unter Kontrolle zu bringen. Sodann sind verschiedene Massnahmen zur Förderung der privaten Sparfähigkeit in Aussicht genommen. Wenn das globale Gleichgewicht erreicht sein wird, stellt die Regierung eine *Lockerung* der straffen Bremsungspolitik in Aussicht: Sie will auf eine Senkung der überhöhten Zinssätze wirken, die Kreditrestriktionen sowie die Devisenkontrollen abbauen.

Die von der französischen Regierung nunmehr eingeleitete Politik ist zweifellos als realistisch zu bezeichnen; ihre deflationäre Konzeption ist evident. Deshalb ist sie in der Bevölkerung auch nicht mit Begeisterung aufgenommen worden. Wie in allen anderen Ländern, so sind auch in Frankreich Dämpfungsübungen wenig populär. Obwohl einige Anzeichen – aber vorläufig nicht mehr als Anzeichen – auf eine beginnende Rückkehr des Vertrauens in die Währung deuten, ist die soziale Unrast, von der Frankreich noch immer befallen ist, bei weitem nicht überwunden. Viel wird davon abhängen, ob es der Regierung in der unmittelbaren Zukunft gelingt, die Lohnfront einigermaßen stabil zu halten. Zu starke Lohnerhöhungen könnten das Stabilitätsprogramm der Regierung gefährden.

Anhaltender Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik

Auch in der Bundesrepublik ist der Arbeitsfriede gestört. Zwar sind die wilden Streiks relativ rasch überwunden worden. Aber das unguete Gefühl, dass nun auch in der Bundesrepublik die ersten Symptome der «englischen Krankheit» aufgetreten sind, ist geblieben. Und die Wiederherstellung der Ruhe konnte nur um den Preis recht substantieller Lohnerhöhungen er-

kauft werden, um einen Preis also, den die Regierung in Würdigung der angespannten Konjunkturlage vor den Wahlen zu vermeiden hoffte.

Und dieser «Aufruhr» platzte in eine konjunkturelle Entwicklung, die sich mehr und mehr überhitzt. Die Bundesbank hat zwar mit der Erhöhung des Diskontsatzes von 5 auf 6% die Kreditschraube nochmals angezogen. Trotzdem muss die Bundesbank in ihrem letzten Bericht feststellen, dass sich die konjunkturellen Anspannungen verschärft haben. Die wachsende Überforderung der Wirtschaft findet einen immer deutlicheren Niederschlag in den Preisbewegungen. Die konzedierte Lohn-erhöhungen liegen, das steht bereits heute fest, beträchtlich über dem Produktivitätsfortschritt. Sie müssen einen zusätzlichen inflationären Impuls auslösen.

Besserungstendenzen in Grossbritannien

Demgegenüber treffen nun endlich positivere Wirtschaftsnachrichten aus Grossbritannien ein. Nachdem die Labourregierung über Jahre hinweg mit einer allerdings nicht immer konsequenten Wirtschaftspolitik eine gleichgewichtige Zahlungsbilanz anstrebte, was für die Stärkung des notorisch schwachen Pfundes unerlässlich ist, hat das zweite Quartal 1969 nun offenbar die erhoffte *Wendung* zum Besseren gebracht. Allerdings müssen die kommenden Monate erst noch zeigen, ob dieser Trend konsolidiert werden kann, ob er längerfristiger Natur sein wird.

Immerhin ist die Verbesserung der ausenwirtschaftlichen Bilanz Grossbritanniens bemerkenswert. Das Handelsbilanzdefizit hat sich im zweiten Quartal 1969 auf 273 (erstes Quartal: 404) Mio. Pfund reduziert; Grossbritannien ist ein strukturelles Importüberschussland. Der Überschuss in der Dienstleistungsbilanz («Invisibles») hat sich mit 200 (212) Mio. Pfund dagegen nur wenig verändert, so dass das Ertragsbilanzdefizit auf 73 (192) Mio. Pfund zusammengeschrumpft ist. Wenn die monetären Bewegungen ins Bild gesetzt werden,

ergibt sich ein Zahlungsbilanzdefizit von noch 53 (354) Mio. Pfund, das sich, saisonal korrigiert, für das erste Semester 1969 in einen *Überschuss* von 48 Mio. Pfund verwandelt. Grossbritannien hat damit also sein langersehtes Ziel, nämlich eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, erreicht. Wird dieses günstige Ergebnis von Dauer sein?

Parallel dazu hat sich im zweiten Quartal auch die *Nettoverschuldung* Grossbritanniens reduziert. Nachdem die Sterling Balances, die den Stand der britischen Auslandverschuldung widerspiegeln, Ende 1968 mit 6042 Mio. Pfund ein neues Rekordniveau ausgewiesen hatten, konnte im ersten Semester ein Schuldenrückgang von 308 Mio. Pfund registriert werden. Die Bank von England erklärt in diesem Zusammenhang in ihrem Monatsbulletin (September), dass Grossbritannien im zweiten Quartal 82 Mio. Pfund an den Internationalen Währungsfonds (IMF) im Rahmen der Ziehung vom Mai 1965, 4 Mio. Pfund an die Schweiz unter den gleichzeitig vereinbarten Darlehen sowie 17 Mio. Pfund an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel zurückbezahlt hat. Andererseits hat das britische Schatzamt im Rahmen des neuen Beistandskredites des IMF von einer Mia. Dollar im Juni eine erste Ziehung von 208 Mio. Pfund vorgenommen. – Auch Englands monetäre Bilanz hat also insgesamt einen günstigen Trend eingeschlagen. Jedoch muss das Land, daran ist zu erinnern, einen jährlichen Zahlungsbilanzüberschuss von 500 Mio. Pfund ausweisen, wenn es das von der Regierung Wilson offiziell visierte Ziel erreichen will.

Anhaltende Spannungen in den USA

Den USA ist es bisher nicht gelungen, den gleichgewichtsgefährdenden Aufschwung unter Kontrolle zu bringen. Obwohl gewisse Normalisierungstendenzen erkennbar sind, hält die *inflationäre Entwicklung* doch unvermindert an. Auch der Geldmarkt ist noch immer angespannt. Zu den Preiserhöhungen gesellen sich unvermindert ho-

he Zinssätze, die aber noch keine ausreichende Dämpfungswirkung erzeugten.

Erwähnenswert ist sodann, dass sich auch die *aussenwirtschaftliche Lage* der Vereinigten Staaten im zweiten Quartal 1969 in geradezu beängstigender Weise verschlechtert hat. Das Handelsdepartement hat allerdings darauf hingewiesen, dass eine sachliche Beurteilung der grundlegenden Zahlungsströme nur begrenzt möglich sei, weil diese Entwicklung durch zu mannigfache Sonderfaktoren beeinflusst gewesen sei. Kein gutes Zeichen ist sodann weiter die Tatsache, dass der Zerfall des traditionellen Handelsbilanzüberschusses offenbar auch im zweiten Quartal 1969 weitere Fortschritte gemacht hat; es musste für diesen Zeitraum ein weiteres Passivum ausgewiesen werden.

Diskontsatzerhöhung in der Schweiz

Die Schweizerische Nationalbank hat den Diskontsatz mit Wirkung ab 15. September von 3% auf 3¾% heraufgesetzt; gleichzeitig wurde der offizielle Lombardsatz von 3¾% auf 4¾% erhöht. Die letzte Veränderung des schweizerischen Diskontsatzes erfolgte am 10. Juli 1967 (Senkung von 3½% auf 3%). Damit hat die Notenbank einen bescheidenen Schritt in Richtung auf eine *Anpassung* des Diskontsatzes an das auch in unserem Lande längst gestiegene Zinsniveau vorgenommen. Es handelt

sich dabei also primär um eine *konstatierende Massnahme*. In ihrer offiziellen Erklärung weist die Notenbank jedoch darauf hin, dass die Erhöhung des Diskontsatzes auch im Blick darauf erfolgte, der unangemessenen Ausweitung des Notenbankkredites entgegenzutreten, wobei sie gleichzeitig eine strengere Prüfung des Verwendungszweckes von Notenbankkrediten in Aussicht stellt. Hinter dieser Massnahme versteckt sich insofern auch die Absicht, einer gefährlichen Überhitzung unserer Wirtschaft entgegenzutreten.

Diesem Zwecke diene ja auch die am 1. September in Kraft getretene *freiwillige Vereinbarung* zwischen der Notenbank und den Schweizerbanken über Mindestguthaben und die Kreditausweitung. Im Rahmen dieses Abkommens ist die Zuwachsrate der Inlandkredite auf 9% bis 11,5% zu beschränken – auf einen Satz also, der in Würdigung der immer stärkeren Erwärmung unserer Wirtschaft und des relativ schmalen realen Wachstumspfadens noch immer als sehr hoch bezeichnet werden muss.

Endlich wäre auch darauf hinzuweisen, dass der Bundesrat am 16. September seine Botschaft zur Änderung der geltenden Finanzordnung des Bundes veröffentlichte. Sie soll durch eine Änderung der Wehr- und Warenumsatzsteuer dem Bund Mehreinnahmen von zwischen 8 bis 8,5% bringen.

Oeconomicus